

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Russsetzel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Vossische, Verantwortlich für den Gesamthalt  
(einsch. dem Handelsst.) Dr. Carl Misch Berlin.  
Für Rücksendung unverf. Manuskripte ins Porto belassen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrch-Zentrale Vossische: Amt Dönhofs (A 7) 2400-2405,  
für den Verlegeramt Amt Dönhofs 3048-3058, Telegramm-  
Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 880.

## Was wird aus der Verbilligung?

### Die Regierung muß nachhelfen

Die erste Erfahrung, die die Berliner Bevölkerung mit den Vereinbarungen über die Preisfestung macht, die der Reichsernährungsminister mit den Bäckern und Gebäckern getroffen hat, zeigt, daß die Preisregierung der nächsten Zeit das ganze Gewicht ihrer Autorität aufbringen müssen, um die Verbilligung der Lebensmittelpreise auch wirklich durchzuführen. In der amtlichen Erklärung war zu lesen, daß die Berliner Bäcker sich bereit erklärt haben, den Preis für ein Normalbrot von 1200 Gramm ab 18. November von 80 auf 46 Pfennig zu senken. Seit stellt sich heraus, daß lediglich die Berliner Bäcker 3 N ungen an sich zu dieser Preisfestung entschlossen haben, nicht aber die Groß-Berliner Brotfabriken. Die Großfabriken beliefern zu einem sehr hohen Prozentsatz die Berliner Bäckereigefäße, und dieses aus den Fabriken stromende Brot löst „Höchstens“ um 2 Pfennig billiger werden, also in Zukunft 48 Pfennig kosten, und auch nur unter der Voraussetzung, daß die Regierung die Großfabriken in ihrer Subventionssituation und bei Abbau anderer Subventionen unterstützt.

Bei der angelegentlichsten Geltung der Schweinefleischpreise handelt es sich um die Verbilligung der Fleischs, die Preisfestung zwischen dem Großhandelspreise und dem Verbraucher um 5 Pf. zu setzen. Um Berliner Schweinefleisch ist heute ein Preisfuß von 5 Mark pro Zentner eingetrieben bei einem Verbrauch von 19 000 Schweinen. Darauf ergibt sich, daß die Preisfestung im Detail-Gebiet 10 Pfennig pro Pfund betragen müßte. Stichproben, die heute in Einzelgeschäften vorgenommen wurden, haben aber ergeben, daß für den Konsumenten diese Verbilligung noch nicht wirksam geworden ist.

Es wird gehofft, daß die Regierung sein, mit beherrschender Energie darauf hinarbeiten und darüber zu wachen, daß die Preisfestung in vollem Umfang den Verbrauchern zugute kommt.

Auch in anderen Großstädten des Reiches wird jetzt versucht, die Preise für Lebensmittel, vor allem für Brot, zu senken. Die Preisfestung des Großhandelspreises besteht sich in der Regel auf Groß-Berlin. Verhandlungen in Dresden haben ergeben, daß die dortige Bevölkerung vom 17. November ab den Preis für das Zwei-Kilo-Brot von 64 auf 60 Pfennig ermäßigen will, aber lediglich für Erwerbslose, nicht für die ganze Bevölkerung!

Zu gleicher Zeit aber finden zwischen der höchsten Regierung und den Direktoren und leitenden Angestellten der Staatsbetriebe Verhandlungen über eine Gehaltsreduzierung im Ausmaße von durchschnittlich 20 o. S. statt. Es ist damit zu rechnen, daß tatsächlich eine Prozenteigige Gehaltsfestung vorgenommen werden wird.

Auch in Hamburg haben die Regierungsparteien (Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei) die Absicht, an den Senat heranzutreten, damit dieser sofort Maßnahmen zu einer Preisreduzierung ergreift. Es sollen vor allem auch die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität sowie der Verkehrsmittel herabgesetzt werden.

## Milderungen beim Krankenschein

Die Fälle der halben Gebühr

Aus dem Reichsarbeitsministerium werden jetzt die Ausführensbestimmungen zur Fortsetzung über die Krankenversicherung mitgeteilt, durch die Mißstände beseitigt werden sollten. Nach der Fortsetzung ist ein Krankenschein zu lösen; die Gebühr dafür beträgt 50 Pfennig. Die Kasse kann je auf 25 Pfennig ermäßigen.

Für die Anwendung dieser Vorschriften hat das Reichsarbeitsministerium am 2. August und 24. September den Krankenkassen und Aufsichtsbehörden bindende Befehle erteilt:

„In dringenden Fällen ist ein Krankenschein nicht erforderlich, er kann nachher gestellt werden. Aber die Gebühr im Augenblick nicht zahlen kann, dem nicht je gebührt. Bei dauernder Arbeitslosigkeit ist die Gebühr nicht zu zahlen. Dieser mißliche und ungeliebte Verfahren gilt insbesondere für Arbeitslose und für Kriegsbeschädigte mit Zulagen, ferner für Arbeiterlose und Beschäftigte, die von ihrer Familie oder Versorgungsstelle

eine entsprechende Befreiung beitragen. In der gleichen Weise wird bei der Erhebung der Gebühr für das Krankenversicherungsbuch verfahren.“

Das Reichsarbeitsministerium erklärt weiter, infolge der Wirkung der Fortsetzungen in ihrer Gesamtheit konnte in der Krankenversicherung im Reichsdurchschnitt der Beitragssatz um

## Neuer „Verschwörer“-Prozeß in Moskau

### „Im Bunde mit Voicarcé“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Moskau, 11. November  
Aufstand steht wieder vor einem großen politischen Sabotage-Prozeß. Er wird an Umfang den letzten, der im September mit der Anklage von 48 Professoren, praktischen Volkswirtschaftlern und Ingenieuren endet, noch übersteigen.

Der Staatsanwalt K r y l o w hat heute die Anklageschrift gegen die kirchlich verheirateten Verurteilten veröffentlicht die eine Verbilligung wegen der Komplexion vorbestraft haben. Es sind Professor Ramin, Direktor des Wäremechanischen Instituts des Moskauer Polytechnikums, Professor Kallinow von der Staatsakademie, zwei weitere Professoren, Ingenieur und Feldwebel vom Polytechnikum, die Ingenieure Karkisow, Orlow und Sitalin, die alle in kirchlichen Betrieben angeheiratet waren, und schließlich der technische Leiter der Textil-Abteilung des Obersten Wirtschaftsausschusses, K r a p a n o w.

Die Anklageschrift umfaßt über 80 Druckseiten. Sie behauptet, daß die Beschulenen eine Partei, die sogenannte „Insubjektive“ gegründet hätten, um trakt ihrer amtlichen Stellungen bemußt das Wirtschaftswesen zu desorganisieren und Krisen herbeizuführen. Vor allem sollen sie die regelmäßigen und ausweichenden Reklamenverfolgungen für die großen Industriezentren planmäßig

ein Projekt des Grundlohnens gestiftet und der Reallohn entsprechend erhöht werden. Der Durchschnittsjahresbeitrag geht von 110 auf 90 Mark zurück. Aus der Gebühr entfällt für den Beschäftigten im Durchschnitt die Jahresausgabe von 3 bis 4 Reichsmark. Am Übergang ist die Fortsetzung der Beschäftigten nicht möglich, sondern mußte. Auch die Fortsetzung muß aufgehoben, dann frigt der Krankheitsbeitrag automatisch um ein Prozent des Grundlohnes. Das ist eine neue Belastung von 300 Millionen Mark, wovon 20 Millionen auf die Beschäftigten und 100 Millionen auf die Betriebe fallen. Gegen eine weitere Verbilligung des Reallohnens werden sich aber die Beschäftigten selbst.

laboret haben. Darüber hinaus aber hätten sie den Sturz des Comjwet-Regimes durch bewaffneten Aufstand angezettelt und vorbereitet.

Diese Anklage wird dahin subsumiert, daß die Verschwörer nicht nur mit zutreffenden Emigranten in Paris in enger Verbindung gewesen seien, sondern sogar den französischen Generalstab Material geliefert hätten. Einige von ihnen, behauptet die Anklageschrift, seien direkt mit Voicarcé und Briand in Verbindung getreten und hätten persönliche Beziehungen zu französischen Agenten unterhalten. Es habe sich bei der Untersuchung herausgestellt, daß alle in den letzten zwei Jahren belanggenommenen Sabotage-Affären von dieser „Insubjektivepartei“ ausgegangen seien.

## Stalin „äubert“ weiter

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Moskau, 10. November

Im weiteren Verfolg der Personalveränderungen, die auf die Ausarbeitung aller Reichsoppositionellen oder gegen Stalins Politik gerichteten Wirtschaftspolitiker hinaus, wurde der Vorsteher des kirchlichen Finanzamts, der höchsten Stelle für die Wirtschaftspolitik, K r a p a n o w s k i, seines Amtes enthoben. An seine Stelle tritt K u l j a n o w, bisher Leiter des Obersten Wirtschaftsausschusses, der auf diesem Posten durch Gehaltsentzüge bestraft wird.

## Wieder deutsche Tonfilme in Prag

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Prag, 11. November

Der Verband der Prager Kinobesitzer hat beschlossen, am nächsten Freitag die Vorführung deutscher Tonfilme in Prag wiederzunehmen. Vorherhand sollen „Der blaue Engel“, „Münch“ und „Schick“ hier in gelistet“ in drei großen Kinohäusern im Stadtzentrum zur Vorführung gelangen.

## Fürst Starhemberg gewählt

Der Heimwehr-Volk des jetzigen österreichischen Innenministers, Fürsten Starhemberg, hat bei den Wahlen vom 8. November nur ein Einmandat, d. h. ein direktes Volksmandat erhalten, und zwar in Steiermark. Fürst Starhemberg hat in seinem oberösterreichischen Wahlkreis die erforderliche Stimmenzahl nicht aufgebracht. Die Stimmenmehrheit der Heimwehr im Wahlkreisverband verfiel ihm einen Sitz im Parlament.

Nach der jetzt vorliegenden genauen Uebersicht über die abgegebenen Stimmen erhalten die Christlich-Sozialen 1 906 121, der Sozial-Volk 422 141, der Heimwehrblock 238 228 und die Sozialdemokraten 1 509 750 Stimmen. Der Hauptverlust der bürgerlichen Parteien ergab sich aus dem Austritten von Splitterparteien, deren Stimmen verloren gingen.

## Sowjetkommisär a. D. als Pilsudskis Werkzeuge

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Warschau, 11. November

Neben von den gefangenen polnischen Oppositionspolitikern, die in der Festung von West Bittow liegen, nach wie vor leidet die Milderung als die Definitivität bringt. Bekannt macht heute der sowjetische „Kommisär“, daß der Unterstaatssekretär der sowjetischen Außenminister gegen diese Oppositionsführer qualifiziert hat und die Verantwortung dafür auch weiterhin trägt, noch im Jahre 1918 stellvertretender Sowjetkommisär in Kajan gewesen sei.

Während des polnisch-sowjetischen Krieges habe er sich in Pilsudski aufgeschlossen, und seine spätere Tätigkeit nach Polen sei von den Sowjetoffizieren finanziert worden. Bekannt macht auch, daß der Unterstaatssekretär durch diese seine kommunistische Vergangenheit in der Hand der Pilsudski-Behörden wurde, die ihn jederzeit kassieren konnten und ihn deswegen zu einem Verleumdungs- und juristisch sehr merkwürdigen Vorgehen gegen die Oppositionsführer zu zwingen vermochten.

Daß ein ehemaliger Sowjetkommisär dieses Verfahren leitet, ist, wie die polnische Oppositionspresse meint, um so merkwürdiger, als zu der Befangenen von Pilsudski gerade die polnischen Führer der Bewegung gegen die Sowjetunion während des polnisch-russischen Krieges gehörten, darunter drei damalige Mitglieder der polnischen Regierung.

## Brasilien entläßt Militärmissionen

New York, 11. November

Die neue brasilianische Regierung Vargas hat als erste Amtshandlung beschlossen, die amerikanischen Marine- und französische Militärmission mit sofortiger Wirkung zu entlassen, da die Kommissionen, denen die Ausbildung der brasilianischen Militär, ohne den Auftrag der vorigen Regierung zu hohe Kosten verursacht hätten, doch aber nur wenig Nutzen gebracht. Zehnweil erklärt die Regierung, daß es schließlich sehr unvorteilhaft sei. Die beiden Missionen verlassen Brasilien mit dem nächsten erreichbaren Dampfer.